

Rede des Genossen Antonin Novotný, erster Sekretär des ZK der KPC

Gentlemen!

Wir begrüßen die Möglichkeit, auf dieser Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses unsere Gedanken zur vereinbarten Tagesordnung "Die Stellung der Warschauer Vertragsstaaten im Zusammenhang mit den Plänen zur Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO" darlegen zu können. Wir sind überzeugt, daß die Behandlung dieses Problems in seinen größeren internationalen Zusammenhängen zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Plattform der Länder des Warschauer Vertrags beitragen kann, einer Plattform, die flexibel auf die allgemeinen und widerprüflichen Standpunkte in der gegenwertigen Atomstrategie der NATO reagiert.

Wir sind der Auffassung, daß das Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO seine tiefgehenden Wurzeln in der antimunistischen Politik der führenden imperialistischen NATO-Mächte hat und von aggressiven Wesen des Atlantik-Paktes hervorgebracht wurde. Die aggressiven Handlungen, von denen man gegenwärtig eine ganze Reihe aufzählen kann, bestätigen, daß die Orientierung auf die Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO ein unabwehrbarer Bestandteil der imperialistischen Maßnahmen ist, die sich gegen die sozialistischen Länder, gegen die Weiterentwicklung der Politik der friedlichen Koexistenz und des nationalen Befreiungskampfes richten.

Andererseits stellt sich aber heraus, daß der ganze Verlauf der Verhandlungen über den Plan zur Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht durch tiefgehende Widersprüche zwischen den Imperialisten gekennzeichnet ist, die nicht schwächer, sondern im Gegenteil schärfer und tiefer werden. Das alles und dazu die Tatsache, daß das Atomprojekt der NATO im engen Zusammenhang mit der weltweiten Frage Krieg oder Frieden betrachtet werden muß, veranlaßt uns zu drei Schlussfolgerungen, daß eine relativ breite Front der Gegner dieser Kernwaffenalternative der NATO zu aktiven Aktionen für eine friedliche Lösung der Fragen zusammengeschlossen werden kann.

Nach unserer Meinung könnte man in zwei parallelen Richtungen dahin gelangen, sowohl durch die Verstärkung unseres Widerstandes, durch ernste Warnungen, durch die beweiskräftige Enthüllung der Ge-

fahrt, die sich aus der Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO ergibt, als auch vor allen durch eine auch einklagendere Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz als der aktuellsten Form und als unserer stärksten politischen Front des ant imperialistischen Kampfes, die sich auf die Ausarbeitung und Verwirklichung positiver Maßnahmen auf dem Gebiet der europäischen Sicherheit und der Abrüstung stützt.

Bei der Einschätzung des Plans einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO, mit dem versucht werden soll, eine gemeinsame Plattform der NATO in den Fragen der Atompolitik herzustellen, betrachten auch wir die vorbereitete Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland daran als das Entscheidende und Gefährlichste. Wir können uns real vorstellen, wohin es führen würde, wenn Westdeutschland in der atomaren Aufrüstung die sogenannte "Gleichberechtigung" und das Mitentscheidungsrecht über Kernwaffen erhält. Die westdeutschen Militaristen sehen im Zugang zu den Kernwaffen den entscheidenden Schritt, der sie über die Schwelle bringen wird, die sie bisher von einer Großmacht erster Größe trennt, der ihnen die Möglichkeiten der Verwirklichung revanchistischer Ziele bieten wird.

Bei der Erörterung der Problematik, die die multilaterale Atomstreitmacht und in diesem Zusammenhang die Rolle der westdeutschen Bundesrepublik betrifft, dürfen wir keinen Augenblick die insgesamt aggressive Politik des Imperialismus vergessen, dessen führende Kraft die USA sind. Gerade die an der Spitze des aggressiven Bestrebungen des Imperialismus stehenden Vereinigten Staaten brauchen die NATO zur Verwirklichung ihrer aggressiven Ziele in allen Teilen der Welt. Vom Standpunkte ihrer Interessen ausgehend sehen sie die Beteiligung der BRD an der multilateralen Atomstreitmacht der NATO, wobei sie das Ziel verfolgen, sich des deutschen Militarismus als Stoßkraft im Kampf gegen unsere sozialistische Gemeinschaft zu bedienen.

Keinen Zweifel legt in dieser Hinsicht die langjährige Erklärung des westdeutschen Verteidigungsministers von Hasselt: "Der Atlantikpakt muß die Möglichkeit haben, Kernwaffen unter Bedingungen einzusetzen, wenn ihre Anwendung nicht ein Zeichen der Vergewaltigung ist, sondern im Gegenteil durch politische Überlegungen herbeigeführt wird." Offen gesprochen, die Frage des Einsatzes von Kernwaffen soll vom antikomunistischen Programm des westdeutschen Militärs ausgehen, die Verwirklichung der Revanchepolitik der Bundesrepublik Deutschland soll sich angeschlossen werden.

Diese Hauptziele der Regierung der BRD haben sich auch unter Kanzler Erhard Kaut gar nicht geändert, und von diesem Standpunkt aus schützen wir ihr Handeln ein. Die Auseinandersetzungen, die jetzt unter der westdeutschen Bourgeoisie im Gange sind, gehen im Grunde genommen darum, wie die Verwirklichung der Großmachtziele der Bundesrepublik Deutschland am schnellsten und zuverlässigsten erreicht werden kann. In dieser Frage zeigt sich eine Interessengegensätzlichkeit und Einseitigkeit unter den verschiedenen Strömungen und Tendenzen in den herrschenden Kreisen der BRD. Divergenzen von politischer Forderung gibt es aber in den Fragen der Taktik, der Formen und Methoden des Handelns. Deshalb dürfen diese Widersprüche nicht unterschätzt werden, sondern es ist notwendig, sich differenzierter zu ihnen zu verhalten, sie zu beobachten, weil sie von Standpunkt der Ziele unserer Taktik, die auf die Isolierung des ultrareaktionären Flügels mit Adenauer und Strauß an der Spitze hinwirken, eine bestimmte Bedeutung haben, besonders im Hinblick auf die Widersprüche zwischen Frankreich und den USA.

Aus diesen Gründen halten wir es auch für erforderlich, im Rahmen unseres Winkeleinsatzes gegen die MLF den Kampf gegen den Revanchismus zu verstärken und im internationalen Maßstab die schwerwiegenden Folgen aufzuzeigen, die die atomaren Ambitionen der Bundesrepublik Deutschland, in welcher Form auch immer, für die Welt haben würden. Gerade, da die westdeutschen Militaristen die Anlegung eines Atomengürtels entlang der Grenzen mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik fordern, bietet sich uns die Möglichkeit, diese Gefahr wirksamer anzuprangern und somit die offensichtlichen Bestrebungen und Ziele der westdeutschen Reaktion und des westdeutschen Militarismus zu enttarnen.

Andererseits muß man aber sehen, daß die innere Entwicklung in Westdeutschland einschneidende Widersprüche aufweist und von dem Umstand begleitet wird, daß breite Massen immer mehr erkennen, wie unreal und ausschweifend der gegenwärtige revanchistische Kurs ist.

Darum ausgehend stellen wir uns deshalb die Aufgabe, im Rahmen der einheitlichen Politik der Länder des Warschauer Vertrags mit jenen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland, die daran interessiert sind, die Kontakte zweckmäßig zu entwickeln und Beziehungen der friedlichen Zusammenarbeit herzustellen, darauf zielen die gegen-

wärtig mit der Bundesrepublik geführten Verhandlungen ab, da diese sowohl die BRD als auch unser Land interessiert sind. Sicherlich gibt es bei diesen Verhandlungen zwei Grundfragen: Die Anerkennung der Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik Deutschland, in der Form auch immer, offen oder indirekt, sowie die Frage des weiteren rechtlichen Verzierts auf das Münchener Abkommen.

Selbstverständlich wissen wir auf die innere Entwicklung in der BRD Einfluß nehmen, uns aber im klaren darüber sein, daß es zur Erreichung einer Wende noch vieler Anstrengungen bedarf und daß es unrealistisch ist, lediglich auf die inneren Faktoren zu hoffen. Entscheidend ist es so wichtig, die äußeren Faktoren wirksam werden zu lassen. Wir denken dabei an die Aufgabe, die revisionistische Politik der BRD international widerlegt und geschlagen zu werden. In verschiedenen Grade stoßt diese Politik in der ganzen Welt auf Ablehnung. Viele westliche Regierungen sind unzufrieden damit, daß die BRD im Interesse ihrer revisionistischen Politik faktisch gegen die Vorschläge zur Milderung der Spannungen im Ver. Europa und gegen jeden Fortschritt in den Fragen der Sicherheit der Länder und der Abrüstung blockiert. Diese Unzufriedenheit zeigte sich besonders bei der letzten NATO-Ratsung, wo die westdeutsche Konzeption für die Lösung des Deutschlandproblems nicht die erwartete Unterstützung fand. Auch die unlängst von Bonn abgegebene Erklärung, daß es sich um sei, die Voraussetzungen für eine europäische Deutschlandlösung, die des Westens zu klären, wobei die westdeutsche Haltung zur Frage der Grenzen, zur europäischen Sicherheit und zur Abrüstung festgehalten werden müßte, zeigt doch das Fehlen der westdeutschen Politik auf diesem Kursen.

Diese und andere Erscheinungen der letzten Zeit sprechen uns von einer chronischen Krise der NATO an. Der Grund dafür ist die amerikanische Politik in diesen Jahren betrachtet. Der Versuch eines engeren Zusammenschlusses der NATO unter der Führung der USA werden immer problematischer. Es hat bekanntlich eine Streit über die eigentliche Struktur und die weitere Entwicklung der NATO nach dem Jahre 1969, d. h. nach Ablauf der Geltungsdauer des Paktes, im Gange. Den Beziehungen Washingtons zur NATO und zur Einheit der Nordatlantischen Allianz unter Führung der USA, die de Gaulle seine Linie der Herstellung der westeuropäischen Einheit

ohne politische und militärische Abhängigkeit von den USA entgegen und läßt lediglich die Möglichkeit einer Regelung der Beziehungen zwischen dem gesamten Europa und den USA in Form einer freien Partnerschaft gelten. Das ist im Grunde genommen die Orientierung auf die Schaffung einer "dritten Kraft", zu dessen Hegemon sich mit Unterstützung der BRD Frankreich aufschwingsen möchte, das zugleich danach strebt, den Einfluß Großbritanniens zu schwächen. Die jetzige, hauptsächlich nur die BRD orientierte Europapolitik der USA läßt sich vor allem von dem Bestreben leiten, eine solche Gestaltung der Achse Paris-Peking zu verhindern, die einen ausschließlich antiamerikanischen Charakter haben würde. In dieser Orientierung sind aber in letzter Zeit große Risse entstanden, weil die Vereinigten Staaten zu erkennen begannen, daß die einseitige Begünstigung der westdeutschen Ambitionen ihre Interessen an der Aufrechterhaltung enger Beziehungen zu England gefährden kann, das mit Beharrlichkeit das westdeutsche Großmachtstreben der BRD verfolgt. Die Verflechtung dieser widersprüchlichen Interessen äußert sich in heftigen Divergenzen zum Beispiel auf wirtschaftlichem Gebiet, wo der fortschreitende Integrationsprozeß im Rahmen der EWG die gespannten Beziehungen zu den nicht der EWG angehörenden Ländern, die in ihrer Wirtschaftspolitik gegenüber Westeuropa häufig auf eine ganze Reihe ernsthafter Schwierigkeiten stoßen, noch freundschaftlicher macht.

Die kurze Analyse des Erkenntnisstandes und des Charakters der Widersprüche zwischen der BRD und England zu einigen Schlußfolgerungen, die unsere Betrachtungen verdienen.

Die politische Orientierung zeigt, daß vom Standpunkt der Ausbreitung der Völkerröche die Politik Frankreichs, das im Hinblick auf seine eigene Auffassung von der europäischen Einheit das MLP-Projekt ablehnt, nur zu günstige Ansatzpunkte bietet. Das Streben zur Wiedererrichtung der Großmachtstellung Frankreichs in der Welt stoßt vor die Macht der USA und muß unvermeidlich zu antiamerikanischen Äußerungen führen, die die Geschlossenheit des atlantischen Bündnisses erschüttern. Schließlich ist Frankreich nicht gewillt, wie wir hier schon bei den Verhandlungen mit seinen Vertretern überzeugend erkannt haben, die atomare Ambitionen der Bundesrepublik Deutschland und deren unverhüllte revanchistische Ansprüche zu unterstützen, wodurch das Bündnis zwischen Bonn und Paris unterhöhlt wird. Das alles sind nur einige der Widersprüche in der deutschen Frage, in